

Nationalrat beschließt: Heiratsverbot für Unter-18-Jährige ab August!

Der Nationalrat in Österreich beschließt ein Heiratsverbot für Unter-18-Jährige und Verwandte, um Kinder- und Zwangsehen zu bekämpfen.



Vienna, Österreich - Am 11. Juli 2025 beschloss der Nationalrat in Österreich einstimmig ein umfassendes Heiratsverbot für Personen unter 18 Jahren. Diese Gesetzesänderung bezieht sich nicht nur auf die Eheschließung, sondern umfasst auch das Verbot von Ehen zwischen engen Verwandten. Ziel des Beschlusses ist es, ein deutliches Zeichen gegen Kinder- und Zwangsehen zu setzen. Bisher war die Eheschließung bereits ab 16 Jahren möglich, sofern ein Gericht die Ehefähigkeit bestätigte, diese Regelung wird nun abgeschafft.

Mit dem neuen Gesetz wird das Mindestalter für Eheschließungen und eingetragene Partnerschaften auf 18 Jahre

festgelegt. Dies betrifft auch Ehen zwischen Cousins und Cousinen sowie zwischen Onkeln, Tanten, Neffen und Nichten. Ein wichtiger Aspekt der Gesetzesänderung ist die Stärkung des Schutzes vor Zwangsehen. Der beschlossene Rahmen soll helfen, familiären Druck und medizinische Risiken für Nachkommen zu vermeiden, was insbesondere die Rechte junger Menschen, insbesondere von Mädchen, stärken soll. **OTS** hebt hervor, dass der Zwang zur Eheschließung nach wie vor als Straftatbestand gilt.

Neuerlicher Schutz und Befugnisse

Durch die Gesetzesänderung erhält die Staatsanwaltschaft erweiterte Befugnisse, um Ehen oder Partnerschaften für nichtig zu erklären, sofern die gesetzlich geforderte Ehefähigkeit nicht gegeben ist. Dies beinhaltet ein klares Vorgehen gegen die bisherigen Regelungen, die in manchen Fällen eine Ungleichheit und mögliche Ausbeutung junger Menschen begünstigt haben könnten. Die Regelungen, die am 1. August 2025 in Kraft treten, wurden mit dem Ziel verabschiedet, die modernen familienrechtlichen Standards durchzusetzen und Missbrauchsrisiken auf ein Minimum zu reduzieren. **Vienna.at** berichtet, dass das Gesetz auch internationale Standards im Bereich des Eherechts anpassen soll.

Die Novelle ist Teil eines umfassenden Regierungsprogramms, das von der ÖVP, SPÖ und NEOS unterstützt wird und Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinder- und Zwangsehen beinhaltet. Dies zeigt einen klaren gesellschaftlichen Konsens über die Notwendigkeit, die Rechte junger Menschen zu schützen. Die neuen Regelungen bringen Österreich somit einen Schritt näher an ein zeitgemäßes Ehe- und Partnerschaftsrecht. **Die Presse** unterstreicht die Bedeutung dieser gesetzgeberischen Maßnahmen innerhalb des sozialen Diskurses in der Gesellschaft.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Vienna, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.vienna.at• www.diepresse.com• www.ots.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at